

0 - D 1.1 Dringlichkeitsantrag: Weiterentwicklung der Corona-App 2.0 zu einem echten Informationsportal

Antragsteller*in: Holger Bartsch (KV Herzogtum Lauenburg)

Änderungsantrag zu 0 - D 1

Nach Zeile 39 einfügen:

modifizierte Übernahme Antrag: Corona-App 2.0 Holger Bartsch:

Vor dem Hintergrund, dass diese Situationen durch die bisherige Erfassung des Abstands zwischen einzelnen Personen bislang nicht angemessen erfasst werden, die Erkennung von „Clustern“ bei der Eindämmung des Infektionsgeschehens aber eine immer wichtigere Rolle spielt, sollte die App darüber hinaus eine manuelle Funktion zum Erfassen von Zusammenkünften mehrerer Personen erhalten, mit der zum Beispiel bei einer Zusammenkunft oder dem Besuch eines Restaurants ein QR-Code gescannt werden kann. Dieser kann spontan von einer Teilnehmer*in erzeugt werden oder auch statisch bspw. für ein Restaurant gelten. Mit diesem Code bekomme ich einen Schlüssel, der für die Dauer der angesetzten Zusammenkunft oder für einen vorher festgelegten Zeitraum (2-4 Stunden bei einem Restaurant- oder Theater-Besuch) gilt. Meldet sich eine Teilnehmer*in der Zusammenkunft als positiv getestet, würden über diesen Schlüssel alle Teilnehmer*innen der Zusammenkunft informiert werden. Die Meldung erfolgt hierbei analog zum bisherigen Modell über die Veröffentlichung von Code und Zeitraum. Dies würde die Information über die konkrete Gefahr für die Menschen spürbar vereinfachen und zusätzlich die Gesundheitsämter bei der Nachverfolgung entlasten. Die Funktion entspräche einer datenschützenden und dezentralen Variante des von Prof. Christian Drosten empfohlenen Clustertagebuchs.

Begründung

Zusätzliche Funktion, die die Nachverfolgung und Alarmierung Betroffener vereinfacht und die Mitarbeiter von Gesundheitsämtern entlastet, dabei aber die dezentrale Datenhaltung und den Schutz der Privatsphäre aller Beteiligten einhält.

Unterstützer*innen

Klaus Venzlaff; Sergius Frank (KV Herzogtum Lauenburg); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Klaus-Christian Kalkhoff (KV Rendsburg-Eckernförde); Angelika Junker

C 1.1 Verschwörungserzählungen keine Plattform bieten!

Antragsteller*in: Martin Drees, KV Plön

Änderungsantrag zu C 1

Von Zeile 35 bis 36 einfügen:

Selbstverständlichkeit - für die auch wir uns als Grüne in Land und Bund immer wieder eingesetzt haben.

Modifizierte Übernahme:

Das öffentliche Gesundheitssystem stärken!

Auch bei konsequenter Anwendung der sog. AHACL-Regeln sowie der Beachtung der durch die Behörden vorgeschriebenen Maßnahmen kann ein absoluter Schutz der Bürger*innen und Bürger nicht sichergestellt werden. Aus diesem Grund zielen alle veranlassten Maßnahmen nicht nur darauf ab, den/die Einzelne*n vor einer Ansteckung zu schützen, sondern die Gefahr einer Ansteckung und weiteren Ausbreitung so zu minimieren, dass unser Gesundheitssystem die große Herausforderung tatsächlich bewältigen und Kranke gestreckt über einen längeren Zeitraum behandeln kann. Die Corona-Pandemie hat in verschiedenen Ländern der Welt gezeigt, dass der Qualität des Gesundheitssystems eine entscheidende Bedeutung zukommt. Die Pandemie trifft vor allem jene Länder schwer, die in der Vergangenheit auf eine Privatisierung und Ökonomisierung des Gesundheitswesens gesetzt haben. Für uns steht fest: Ein gut funktionierendes Gesundheitssystem darf nicht allein Marktmechanismen unterworfen sein. Daher setzen sich Bündnis 90/Die Grünen dafür ein, dass Renditen nicht über die Gesundheit von Menschen gestellt werden. Wir wollen die Gesundheitsämter personell und logistisch stärken, damit sie auch zukünftig in der Lage sind, ihre wichtigen Aufgaben zu erfüllen und die Bevölkerung auf wissenschaftlicher Grundlage beraten und helfen können.

Begründung

Die Akzeptanz bzw. Einhaltung der Maßnahmen ist ein wichtiger Teil zur Bewältigung der Pandemie. Dies allein reicht jedoch nicht aus, denn die mögliche Überlastung des Gesundheitssystems hängt ebenso an der Qualität desselben. Insbesondere dem öffentlichen Gesundheitswesen kommt eine wichtige Rolle bei der Aufklärung der Bevölkerung zu. Ein umfassender Antrag zur Corona-Pandemie muss daher Aussagen zum Gesundheitssystem enthalten.

In Deutschland fallen ca. 34 Intensivbetten auf 100.000 Personen. In China liegt diese Anzahl bei 3,6, in Großbritannien bei 6,6, in Italien bei 12,5 und in Spanien bei 9,7.

In den USA ist der Anteil der schwer an COVID-19 Erkrankten unter der afroamerikanischen Bevölkerung etwa doppelt so hoch wie deren Anteil an der Gesamtbevölkerung.

vgl. hierzu u.a. <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/503285/Corona-zeigt-Privatisierung-des-Gesundheits-Systems-zerstoert-die-nationale-Sicherheit>

Unterstützer*innen

Stephan Wiese (KV Lübeck); Philipp Schmagold (KV Kiel); Barbara Demberger; Gerd Weichert (KV Dithmarschen); Kim-Kathrin Lewé (KV Kiel); Anne Drees (KV Plön); Pamela Masou (KV Pinneberg);

Petra Kärgel (KV Pinneberg); Lasse Bombien (KV Rendsburg-Eckernförde); Hildegard Bedarff (KV Pinneberg); Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg)

C 1.2 Verschwörungserzählungen keine Plattform bieten!

Antragsteller*in: Benjamin Stukenberg

Änderungsantrag zu C 1

Von Zeile 19 bis 22:

kann zu schwerwiegenden Krankheitsverläufen mit multiplen Organschäden und Todesfolge führen und ~~ist in einem symptomfreien Stadium der Erkrankung nach heutigem Wissensstand besonders stark ansteckend.~~ wurde Übernommen: kann auch in einem symptomfreien Stadium der Erkrankung ansteckend sein. Dabei verbreitet sich das Virus ohne Gegenmaßnahmen rasant und sorgt schnell für eine Überlastung des

Begründung

Der zitierte "heutige Wissensstand" ist nicht mehr aktuell. Laut RKI sind zwar relevante Anteile der pre-symptomatische Personen ansteckend, aber die meisten Infektionen entstehen durch symptomatische Personen:

"Eine große Bedeutung haben die Übertragungen von infektiösen Personen, wenn sie bereits Krankheitszeichen (Symptome) entwickelt haben [...] Darüber hinaus steckt sich ein relevanter Anteil von Personen bei infektiösen Personen innerhalb von 1-2 Tagen vor deren Symptombeginn an (42, 45). Wie groß dieser Anteil ist, kann nicht genau beziffert werden, da in vielen der Studien der „Symptombeginn“ nicht oder nicht gut definiert wurde. Schließlich gibt es vermutlich auch Ansteckungen durch Personen, die zwar infiziert und infektiös waren, aber gar nicht erkrankten (asymptomatische Übertragung). Diese Ansteckungen spielen vermutlich jedoch eine untergeordnete Rolle (46)."

https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Steckbrief.html#doc13776792bodyText3

Unterstützer*innen

Ulrich Ketelhodt (KV Kiel)

D 5.1 NEU Gemeinnützigkeit von eSport anerkennen

Antragsteller*in: Joschka Knuth (KV Rendsburg-Eckernförde)

Änderungsantrag zu D 5

Von Zeile 26 bis 29:

- auch in den kommenden Jahren fortlaufend ein ~~sechsstelliger Betrag~~ Beitrag zur Förderung von eSport-Vereinen, zur Förderung der Trainer*innen-Ausbildung sowie von Medienpädagogik- und Suchtpräventions-Programmen ~~bereitgestellt werden;~~ geleistet wird;

Von Zeile 32 bis 35 löschen:

- ~~das Land sich auch strukturell an der Finanzierung des Landeszentrum eSport beteiligen;~~
- ~~zusätzliche Mittel zur Förderung von eSport-Veranstaltungen mit landesweiter Bedeutung zur Verfügung gestellt werden~~

Begründung

erfolgt mündlich

E 1.1 Ablehnung LNG-Terminal in Brunsbüttel und der Leistungstrasse bis Hetlingen/Stade

Antragsteller*in: Stephan Wiese

Änderungsantrag zu E 1

Von Zeile 8 bis 9 einfügen:

Gespräch zum Thema LNG zu führen und sich im Sinne unseres Antrages zu positionieren. Bündnis90-Die Grünen Landesverband SH fordern insbesondere, dass ein LNG-Terminal in Brunsbüttel keinesfalls aus staatlichen Mitteln finanziert werden darf und dass die im Landeshaushalt bereits für das LNG-Terminal Brunsbüttel vorgesehenen Rückstellungen zu löschen sind.

Begründung

Der LNG -Terminal ist bisher noch nicht im Genehmigungsverfahren und eine Investitionsentscheidung des Investors wird nicht vor 2022 fallen. Bereits jetzt angesichts der Unklarheit der Investitionsentscheidung hohe Rückstellungen zu bilden, erscheint haushaltsrechtlich bedenklich und bindet möglicherweise eine Landesregierung mit anderen Mehrheit. Eine staatliche Förderung des LNG -Terminals ist auch angesichts der nur zu 60% ausgelasteten LNG -Terminals im europäischen Energieverbund nicht vertretbar.

Unterstützer*innen

Kurt Reuter (KV Stormarn); Philipp Schmagold (KV Kiel); Gerd Weichert; Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde); Rainer Borchering; Detlef Matthiessen, KV RD-ECK; Anette Zierke; Klaus-Christian Kalkhoff (KV Rendsburg-Eckernförde); Petra Kärgel (KV Pinneberg); Regina Klünder (KV Kiel); Pamela Masou (KV Pinneberg)

E 1.2 Ablehnung LNG-Terminal in Brunsbüttel und der Leistungstrasse bis Hetlingen/Stade

Antragsteller*in: Luca Brunsch

Änderungsantrag zu E 1

Von Zeile 4 bis 9:

in Brunsbüttel inkl. der geplanten Netzanbindung an das Versorgungsnetz ab. Wir ~~verurteilen~~kritisieren, dass das Verfahren zur Leitungssuche schon eingeleitet worden ist, obwohl das Terminal noch gar nicht genehmigt wurde. Wir fordern unsere Grünen Landtagsabgeordneten auf, mit ihren Koalitionspartner*innen noch einmal das Gespräch zum Thema LNG zu führen und sich im Sinne unseres Antrages und der bereits seit 2019 geltenden Beschlusslage zu positionieren.

Unterstützer*innen

Stephan Wiese (KV Lübeck); Andreas Christiansen (KV Stormarn); Jakob Brunken (KV Ostholstein) ; Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Martin Drees (KV Plön); Achim Jansen (KV Segeberg); Gerd Weichert (KV Dithmarschen); Philipp Diepmans (KV Flensburg); Mayra Vriesema (sie); Lennart Stahl (KV Segeberg)

E 1.3 Globalalternative Ablehnung LNG-Terminal in Brunsbüttel und der Leistungstrasse bis Hetlingen/Stade

Antragsteller*in: Bernd Voß

Titel

Ändern in:

Der schnelle Wandel zählt - von 16 Prozent heute hin zu 100 Prozent Erneuerbare Energien

Änderungsantrag zu E 1

Bündnis90/Die Grünen setzen nicht erst seit den völkerrechtlich verbindlichen Verträgen der internationalen Klimakonferenz von Paris auf eine klimaneutrale Wirtschaft und Gesellschaft und den zügigen und zeitnahen Ausbau hin zu 100% Erneuerbaren Energien.

Dazu gehört für uns der schnellst mögliche Ausstieg aus den fossilen Energiestrukturen und atomaren Risiken.

Zentral ist hierfür, den Bedarf an fossilen Brennstoffen schnell zu reduzieren und den Rest erneuerbar herzustellen. Dazu gehören beim Thema Gas die Reduktion des Verbrauches, die Dämmung von Gebäuden genauso wie der schnelle Ausbau der Solarenergie sowie Windenergie an Land und auf See.

Auch in der erneuerbaren Energieversorgung wird beispielsweise zum Ausgleich volatiler Erzeugungs- sowie Verbrauchsstrukturen, Energiespeicherung und Energietransport eine Gasinfrastruktur ein Baustein bleiben. Das bisher verwendete fossile Erdgas soll dabei möglichst schnell durch Gase auf Basis Erneuerbarer Energien ersetzt werden.

Wir fordern daher eine nachvollziehbare Kennzeichnung der Herkunft des Gases sowie der Standards bei Förderung, Transport und Verwendung. Dabei musst Methanschlupf konsequent vermieden werden. Wir lehnen jedes Fracken von Erdgas und den Import und die Verwendung strikt ab. Wir erwarten, dass das geplante Terminal und die Infrastruktur auch für Erneuerbare Gase verwendet werden kann.

Wir erwarten, dass zur Minimierung der Risiken durch diese Störfallanlage, die Lager nicht in der Nähe von atomaren Zwischenlagern, Sondermüllverbrennungen, sensiblen Strukturen der chemischen Industrie, sowie Wohnbebauung und systemrelevanter Energieinfrastruktur gebaut werden.

Wir fordern, dass zusätzlich zu der zur Schließung einer Wirtschaftlichkeitslücke in Aussicht gestellten 50 Millionen Euro Subvention keine weitere finanzielle Förderung des Landes erfolgt und dass es außer den genannten hohen Qualitätsstandards keine Präferenzen des Terminalbetreibers für Herkünfte aus bestimmten Ländern gibt.

Beim Ausbau von Gasinfrastruktur fordern wir vorhandene Gasinfrastrukturen soweit möglich mit zu berücksichtigen und eine konsequente Schonung von Böden und Umwelt.

Unterstützer*innen

Detlef Matthiessen; Gilbert Sieckmann-Joucken (KV Segeberg); Michael Jabbusch; Valerie Wilms (KV Pinneberg); Rolf Martens (KV Dithmarschen); Andreas Tietze, KV Nordfriesland

Fin 1.1 Kampf gegen Geldwäsche und Steuerbetrug konsequent umsetzen!

Antragsteller*in: Oliver Brandt

Änderungsantrag zu Fin 1

Von Zeile 12 bis 14 löschen:

Wirtschaftsprüfungsgesellschaften deutlich offen. Daher muss die Schaffung einer staatlichen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft werden, ~~ob zu schaffen ist~~. Definitiv kann es nicht weiterhin so sein, dass diejenigen, die die

Von Zeile 32 bis 34 löschen:

von Steuerbetrug im Zusammenhang mit Cum-Ex und Cum-Cum jetzt zu verjähren drohen und ~~der Schaden für~~ die Steuerbehörden ihre damit verbundenen Ausfälle nicht mehr zurückerhalten. Wir fordern daher eine rechtssichere Lösung, um auch

Begründung

redaktionelle Korrektur

Unterstützer*innen

Gerd Weichert (KV Dithmarschen); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Michael Hegger (KV Dithmarschen); Klaus-Christian Kalkhoff (KV Rendsburg-Eckernförde); Bastian Wollenschein (KV Pinneberg); Achim Jansen (KV Segeberg) (KV Segeberg); Regine Planer-Regis (KV Herzogtum Lauenburg); Lasse Bombien (KV Rendsburg-Eckernförde); Manfred Sallach (KV Steinburg)

Fin 1.2 Kampf gegen Geldwäsche und Steuerbetrug konsequent umsetzen!

Antragsteller*in: Rasmus Andresen

Änderungsantrag zu Fin 1

Von Zeile 9 bis 10 einfügen:

zentrale europäische Aufsicht über die Geldwäschebekämpfung im Finanz- sowie im Nichtfinanzsektor vorgelegt, den wir Grüne grundsätzlich unterstützen.

Die Europäischen Aufsichtsbehörden müssen mit einem breiten Mandat für Geldwäschebekämpfung im Finanzsektor und für weitere Bereiche ausgestattet werden. Wir setzen uns für eine weitere Harmonisierung und Ausweitung der Geldwäschebestimmungen in der EU ein. Die EU Mitgliedsstaaten müssen die bereits beschlossenen EU Initiativen unverzüglich umsetzen.

Unterstützer*innen

Leon Bossen (KV Flensburg); Marlene Langholz-Kaiser (KV Flensburg); Ian Arne Winkler (KV Flensburg); Martin Drees (KV Plön); Lutz Baastrup; Susan de Vrée (KV Segeberg); Jens Herrndorff (KV Pinneberg); Anne-Kathrin Ahsbahs (KV Pinneberg); Nils-Ole Nommensen; Arne Langniß; Jörn Wöhlk (KV Nordfriesland); Jakob Blasel (KV Rendsburg-Eckernförde); Stephan Wiese (KV Lübeck); Achim Jansen (KV Segeberg); Klaus-Christian Kalkhoff (KV Rendsburg-Eckernförde); Bruno Hönel (KV Lübeck); Philipp Diepmans (KV Flensburg); Sven Gebhardt (KV Flensburg); Lasse Bombien (KV Rendsburg-Eckernförde); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde)

Fin 1.3 Kampf gegen Geldwäsche und Steuerbetrug konsequent umsetzen!

Antragsteller*in: Rasmus Andresen

Änderungsantrag zu Fin 1

Von Zeile 11 bis 14:

Der Wirecard-Skandal legt zudem die Interessenskonflikte von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften deutlich offen. Oligopolistische Strukturen in denen sich wenige große Wirtschaftsprüfungsgesellschaften den Markt teilen behindern eine effektive Kontrolle und lassen Abhängigkeiten wachsen. Daher muss die Schaffung einer staatlichen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft werden und die Bedingungen für kleiner und mittelgroße Wirtschaftsprüfungsgesellschaften gestärkt werden, ~~ob zu schaffen ist~~. Definitiv kann es nicht weiterhin so sein, dass diejenigen, die die

Unterstützer*innen

Ian Arne Winkler (KV Flensburg); Lutz Baastrup; Nils-Ole Nommensen; Arne Langniß; Jörn Wöhlk (KV Nordfriesland); Jakob Blasel (KV Rendsburg-Eckernförde); Stephan Wiese (KV Lübeck); Luca Brunsch; Achim Jansen (KV Segeberg); Klaus-Christian Kalkhoff (KV Rendsburg-Eckernförde); Bruno Hönel (KV Lübeck); Philipp Diepmans (KV Flensburg); Sven Gebhardt (KV Flensburg)

Fin 1.4 Kampf gegen Geldwäsche und Steuerbetrug konsequent umsetzen!

Antragsteller*in: Rasmus Andresen

Änderungsantrag zu Fin 1

Von Zeile 24 bis 25 einfügen:

der Bundesregierung eine höhere Sensibilität für derlei Abhängigkeitsverhältnisse bei der Auswahl der eigenen Beratung. Wir fordern die EU Kommission dazu die Abschlussprüfungsrichtlinie zu überprüfen, Fehlanreize zu beseitigen und Interessenskonflikte zu unterbinden.

Unterstützer*innen

Leon Bossen (KV Flensburg); Marlene Langholz-Kaiser (KV Flensburg); Lutz Baastrup; Susan de Vrée (KV Segeberg); Nils-Ole Nommensen; Arne Langniß; Jörn Wöhlk (KV Nordfriesland); Jakob Blasel (KV Rendsburg-Eckernförde); Klaus-Christian Kalkhoff (KV Rendsburg-Eckernförde); Bruno Hönel (KV Lübeck); Philipp Diepmans (KV Flensburg); Sven Gebhardt (KV Flensburg)

G 1.1 Sexualisierte und häusliche Gewalt gegen cis-Jungen und -Männer beenden!

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 22.10.2020

Änderungsantrag zu G 1

Von Zeile 51 bis 52 löschen:

- Täter*innen müssen strafrechtlich konsequent verfolgt ~~sowie durch Reformen im Sexualstrafrecht härter bestraft~~ werden.

Begründung

Die Forderung nach einer Strafrechtsverschärfung kommt üblicherweise aus der konservativen Ecke und soll konsequentes politisches Handeln suggerieren. Aus kriminologischer Perspektive haben härtere Strafen jedoch keinen Nutzen. Sie verpuffen und können Straftaten nicht verhindern, wie das Beispiel der Todesstrafe aus der USA belegt. Das Sexualstrafrecht ist erst 2016 an vielen Punkten erheblich verschärft worden und die Verjährungsfristen deutlich verlängert worden. Die kriminologische Evaluation steht noch aus.

Um sexualisierte und häusliche Gewalt gegen cis-Jungen und -Männer zu verhindern oder aufzuklären, braucht es Prävention und erfolgreiche Ermittlungsverfahren. Dafür bedarf es erhebliche Investitionen.

Unterstützer*innen

Regine Planer-Regis (KV Herzogtum Lauenburg); Klaus-Christian Kalkhoff (KV Rendsburg-Eckernförde); Lennart Stahl (KV Segeberg); Jakob Blasel (KV Rendsburg-Eckernförde)

K 1.1 Sozial gerechte Klimawende in Schleswig-Holstein: Armut bekämpfen, Klima schützen!

Antragsteller*in: Pamela Masou

Änderungsantrag zu K 1

Von Zeile 101 bis 102:

- Die Nebenkosten und Heizkosten ~~für energetische Sanierungen~~ durch eine höhere finanzielle Förderung für energetische Sanierungen senken!

Von Zeile 106 bis 108:

- ÖPNV günstiger machen und im ländlichen Raum deutlich mehr Angebote schaffen ~~und~~ um so die Mobilität von Menschen ohne eigenem Auto deutlich ~~verbessern!~~ zu verbessern und damit auch den Verzicht auf das eigene Auto zu ermöglichen.

Begründung

Energetische Sanierung: der Satzbau hat für mich vorher keinen Sinn ergeben

ÖPNV im ländlichen Raum: ohne eigenes Auto ist man auf dem Land bisher sehr in der eigenen Mobilität eingeschränkt, d.h. es gibt auch nur wenige Menschen, die bisher auf ein Auto verzichten können. Wenn jedoch ein Auto zur Verfügung steht, wird dieses benutzt, auch wenn vielleicht das ÖPNV-Angebot deutlich verbessert wurde. Ziel muss sein, ganz auf das Auto zu verzichten.

Unterstützer*innen

Dennis Heine; Dieter Schott (KV Pinneberg); Klaus-Christian Kalkhoff (KV Rendsburg-Eckernförde); Svenja Landsberger (KV Pinneberg); Arne Langniß (KV Kiel)

KI 1.1 Kriterien-Katalog für eine nachhaltige und CO2 arme Künstliche Intelligenz (KI) in SH

Antragsteller*in: Gerd Weichelt (KV Dithmarschen)

Änderungsantrag zu KI 1

Von Zeile 55 bis 58:

Daten nützen" erfolgen. Es dürfen also nur Trainingsdaten verwendet werden, die keinen Personenbezug haben ~~oder bei deren Nutzung ein geringes Risiko nachgewiesen wird und dabei sind Systeme zu bevorzugen, die mit geringen Mengen von personenbezogener Trainingsdaten auskommen.~~ wurde übernommen: . Dabei sind Systeme zu verwenden, die mit anonymisierten Trainingsdaten auskommen.

Begründung

Ein KI-System darf nur anonymisierte Daten verwenden. Die wage Formulierung eines möglichen geringen Risikos für personenbezogene Daten ist hier nicht ausreichend und bietet eine unzulässige Nutzungsmöglichkeit.

Unterstützer*innen

Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Tanja Matthies (KV Dithmarschen); Anette Zierke; Michael Hegger (KV Dithmarschen); Angelika Junker; Klaus-Christian Kalkhoff (KV Rendsburg-Eckernförde)

LAG 3.1 Gründung einer Landesarbeitsgemeinschaft GewerkschaftsGrün

Antragsteller*in: Joschua Konrad

Redaktionelle Änderung

Neue Begründung durch sämtliche Antragsteller*innen:

GewerkschaftsGrün gibt es auf Bundesebene, in den Bundesländern und in einigen Städten. GewerkschaftsGrün steht für eine deutlich erkennbare Struktur bündnisgrüner und der Partei nahestehender Gewerkschafter*innen sowie Parteimitglieder mit Interesse an gewerkschaftlichen Themen. GewerkschaftsGrün kommuniziert grüne Anliegen in die Gewerkschaften hinein und bezieht gewerkschaftliche Anliegen in grüne Entscheidungsprozesse ein. Eine solche Struktur soll nun auch in Schleswig-Holstein geschaffen werden.

Wir wollen einen lebendigen Diskussionszusammenhang zwischen Gewerkschaften und grüner Partei etablieren. Hierbei gilt es zum Beispiel zu gewerkschaftlichen Themen Stellungnahmen zu veröffentlichen oder andere Grüne Perspektiven darzustellen. [\[JK1\]](#) Die Mitarbeit parteipolitisch ungebundener Gewerkschafter*innen und Arbeitnehmer*innen ist auf allen Ebenen von GewerkschaftsGrün ausdrücklich erwünscht.

GewerkschaftGrün Schleswig-Holstein tritt ein für eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen, faire und tarifliche Löhne sowie den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft mit mehr gesellschaftlicher Teilhabe und Schutz vor Armut für alle.

Besonders wichtig soll für die LAG der kritische Austausch mit Gewerkschaften sein. Im Rahmen dessen sollen vor allem ökologische Belange in diese hineingetragen und gemeinsam an neuen Strategien für die Wirtschaft der Zukunft gearbeitet werden.

Auch in einer digitalisierten Welt streben wir gute und sichere Arbeitsbedingungen und eine armutsfeste Grundsicherung ebenso an wie ein Arbeitsumfeld, das altersgerechtes Arbeiten ermöglicht und bei einem Wandel in den Unternehmen die Belange von Arbeitnehmer*innen nicht nur berücksichtigt, sondern Veränderungen zum Nutzen der Arbeitnehmer*innen gestaltet. Dabei suchen wir auch den konstruktiven Dialog mit Arbeitgeber*innen und Arbeitgeberverbänden, um mögliche Vorbehalte auszuräumen und zukunftsfähige, sozialgerechte Lösungen zu finden. [\[JK2\]](#)

Unser Ziel ist, dass bündnisgrüne Politik den Interessen der Arbeitnehmer*innen, sowie der Erwerbslosen gerecht wird. Wir treten dafür ein, dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein die Gewerkschaften als politische Partnerinnen verstehen. [\[JK3\]](#)

In diesem Sinne werden wir unsere Positionen als LAG im Austausch mit anderen GRÜNEN Landesarbeitsgemeinschaften, gegenüber den Gremien des Landesverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein, gegenüber den GRÜNEN Fraktionen im Landtag Schleswig-Holstein und in den Kommunen sowie gegenüber unseren schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten vertreten. Wir setzen uns kritisch mit wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Positionen in unserer Partei auseinander, um sicherzustellen, dass Arbeitnehmer*inneninteressen genügend berücksichtigt werden.

Wir wollen erreichen, dass der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Einzelgewerkschaften in Schleswig-Holstein BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als politischen Partner wahr- und ernstnehmen und umgekehrt. Deshalb fühlen wir uns verpflichtet, den Dialog zwischen den Gewerkschaften und unserer Partei sowie der Fraktion und den Regierungsmitgliedern zu befördern.

[\[JK1\]](#) Hinzufügen.

[\[JK2\]](#) Hinzufügen.

[\[JK3\]](#)Streichen.

Unterstützer*innen

Julia Löffler (KV Kiel); Carola Köster-Wiens (KV Lübeck); Stephan Wiese (KV Lübeck); Elgin Atakli (KV Kiel); Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg); Bruno Hönel (KV Lübeck); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Hans Heinrich Voigt (KV Neumünster); Marvin Wölk (KV Steinburg); Ruth-Maria Obiang Nve (KV Kiel)

LAG 4.1 Gründung einer LAG Klimaschutz + Klimaanpassung

Antragsteller*in: Luca Brunsch

Änderungsantrag zu LAG 4

Der Landesparteitag beschließt die Gründung einer gemeinsamen Arbeitsplattform Klimaschutz und Klimaanpassung der Landesarbeitsgemeinschaften. Er strebt hiermit einen vertieften Austausch zwischen den Landesarbeitsgemeinschaften und die Erstellung eines Plans für landesweite Klimaneutralität bis 2040 mit Blick auf das Landtagswahlprogramm an.

Begründung

Es macht wenig Sinn, Doppelstrukturen zu schaffen (die LAG Energie beschäftigt sich etwa fast ausschließlich mit Klimaschutz). Dieser Antrag konkretisiert mögliche Arbeitsfelder einer LAG-übergreifenden Plattform: insbesondere stellt sich für uns mit Blick auf die kommenden Landtagswahlen die Aufgabe, ein umfassendes und auch politisch überzeugendes Konzept für Klimaneutralität bis 2040 zu erarbeiten. Im Rahmen der LAG Energie ist dies ohnehin geplant und in einem solchen, übergreifenden Gremium richtig verortet.

Unterstützer*innen

Stephan Wiese (KV Lübeck); Andreas Christiansen (KV Stormarn); Jakob Brunken (KV Ostholstein) ; Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Martin Drees (KV Plön); Nelly Waldeck (KV Kiel); orsten Litschke; Achim Jansen (KV Segeberg); Peter Stoltenberg (KV Segeberg); Kurt Reuter (KV Stormarn); Detlef Matthiessen; Peter Schüler; Ulrich Ketelhodt (KV Kiel); Petra Kärgel; Hans-Peter Hopp (KV Ostholstein)

M&V 1.1 Erarbeitung eines Mobilitätswendegesetzes

Antragsteller*in: Nadine Mai

Änderungsantrag zu M&V 1

Von Zeile 83 bis 84 einfügen:

3. 1. Der Anteil des Öffentlichen Personenverkehrs an der Verkehrsleistung ist bis 2030 auf 30 Prozent zu steigern, bis 2035 auf 35 Prozent.In einwohnerstarken Städten und der Metropolregion HH werden bis 2030 50% und bis 2035 60% angestrebt.

Begründung

Der Anteil des ÖPNV an der Verkehrsleistung liegt in der Stadt Hamburg schon jetzt bei fast 40% und wird durch tatkräftige Grüne in Senat und Bürgerschaft stetig vergrößert. Wir sollten mit unseren Zielen nicht tief stapeln, sondern ambitioniert für eine echte Mobilitätswende eintreten! Der Schub in den Städten soll sich auf das ganze Land auswirken und auch die Versorgung im ländlichen Raum verbessern.

Unterstützer*innen

Susan de Vrée (KV Segeberg); Jens Herrndorff (KV Pinneberg); Marc-Christopher Muckelberg (KV Segeberg); Ruth Kastner (KV Stormarn); Oliver Brandt (KV Herzogtum Lauenburg); Hildegard Bedarff (KV Pinneberg); Matthias Leidner (KV Stormarn); Regine Planer-Regis (KV Herzogtum Lauenburg); Christine Böttcher (KV Segeberg); Hans-Jürgen Bethe (KV Pinneberg); Gerhard Boll (KV Herzogtum Lauenburg); Horst Loebus (KV Stormarn); Franziska Eggers (KV Herzogtum Lauenburg); Thomas Fischer (KV Stormarn); Ann-Kathrin Tranziska (KV Pinneberg); Jens Clausen (KV Pinneberg); Sven Gebhardt (KV Flensburg); Robert Wlodarczyk; Arne Lunding (KV Segeberg); Klaus-Christian Kalkhoff (KV Rendsburg-Eckernförde); Lorenz Paul Burghardt (KV Kiel); Petra Kärgel; Margot Böhm; Marlene Langholz-Kaiser (KV Flensburg); Arne Langniß (KV Kiel); Ulrike Täck; Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Wiebke Garling-Witt

N 5.1 Klärschlamm runter von den Feldern!

Antragsteller*in: Luca Brunsch

Titel

Ändern in:

Klärschlammrecycling 2.0 - Pyrolyse statt Monoverbrennung

Änderungsantrag zu N 5

In Zeile 1:

~~Klärschlamm runter von den Feldern!~~

wurde übernommen: Klärschlammrecycling 2.0 - Pyrolyse statt Monoverbrennung

Begründung

Es handelt sich hier um die Berichtigung eines Verfahrensfehlers. Der Titel passt nicht mehr zum letztlich beschlossenen Antrag.

Unterstützer*innen

Uta Boßmann (KV Kiel); Mayra Vriesema (sie); Stephan Wiese (KV Lübeck); Andreas Christiansen (KV Stormarn); Sven Gebhardt (KV Flensburg); Jakob Brunken (KV Ostholstein) ; Achim Jansen (KV Segeberg); Philipp Diepmans (KV Flensburg); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Benita v. Brackel-Schmidt (KV Flensburg)

N 5.2 Globalalternative Klärschlamm runter von den Feldern!

Antragsteller*in: Bernd Voß

Änderungsantrag zu N 5

Klärschlamm richtig verwenden

Bündnis90/Die Grünen setzen sich dafür ein, die Belange des Boden- und Gewässerschutzes mit denen des Klima- und Ressourcenschutzes in Einklang gebracht werden. So sollen im Zuge der Neuausrichtung der Klärschlamm Entsorgung in Schleswig-Holstein auch Pilotanlagen für die Pyrolysetechnik errichtet werden und diese beispielsweise bei der Aquisierung von Fördermitteln unterstützt werden.

Ebenso müssen weitere Anlagen zur dezentralen Klärschlamm Trocknung geschaffen werden. Dadurch sollen die Transportmengen reduziert sowie die energetische Wertigkeit verbessert werden. Dafür sind dezentral Standorte mit der Verfügbarkeit von bisher nicht genutzter Abwärme oder angepasste Quellen erneuerbarer Energien vorrangig in Betracht zu ziehen.

Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass im Sinne einer ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft die Rückgewinnung von Phosphor aus dem Klärschlamm technisch auf hohem Niveau gewährleistet wird. Klärschlämme sollten künftig in Schleswig-Holstein nicht mehr bodenbezogen verwertet werden um Böden und Gewässer zu schützen. Die Verbrennung von Klärschlämmen sollte anders als derzeit von der Bundesregierung vorgesehen vom Brennstoffemissionshandelsgesetz umfasst werden und somit der CO₂-Bepreisung unterliegen. Ressourcenschutz, Boden- und Gewässerschutz und Klimaschutz gehen zusammen.

Begründung

Begründung:

Pyrolyseanlagen könnten ein Baustein bei der thermischen Verwertung von Klärschlamm, der Beseitigung von Schadstoffen sowie der Erzeugung von kohlestoffhaltigen Bodenverbessernden Erzeugnissen sein.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist der verbreitete Praxisbetrieb solcher Anlagen jedoch noch in der technologischen Entwicklung.

Daher muss zuerst ein stabiler und sicherer Dauerbetrieb der Pyrolysetechnik durch ausreichende Testprojekte gewährleistet sein, bevor eine Technik flächendeckend implementiert wird.

Unterstützer*innen

Joschka Knuth; Ann-Kathrin Tranziska (KV Pinneberg); Gilbert Sieckmann-Joucken (KV Segeberg); Michael Jabbusch; Heinrich Voß (KV Steinburg); Arne Stenger; David-Willem Poggemann (KV Kiel); Peer Rieck (KV Steinburg); Sabine Loof (KV Pinneberg)

N 6.1 Erhalt Elbe-Lübeck-Kanal

Antragsteller*in: Uwe Heyer

Redaktionelle Änderung

Wir GRÜNE Schleswig-Holstein sind für den Erhalt des Elbe-Lübeck-Kanals und seinen historischen Hotoppschen Schleusen in seinem jetzigen Verlauf, seiner Beschaffenheit, Ausstattung und Funktionsweise. Wir lehnen...

Begründung

Begründung: Die Hotoppschen Schleusen sind weltweit einzigartig. Es gibt angeblich noch eine in Kanada und eine in Brandenburg. Sie funktionieren mechanisch mit Wasserdruck ohne Strom und das seit über 100 Jahren.

Unterstützer*innen

Torsten Walther (KV Herzogtum Lauenburg); Kornelia Mrowitzky (KV Herzogtum Lauenburg); Regine Planer-Regis (KV Herzogtum Lauenburg); Helma Burazerovic (KV Herzogtum Lauenburg); Robert Włodarczyk; Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); Kristian Warnholz (KV Pinneberg); Stephan Wiese (KV Lübeck); Torsten Dreyer (KV Herzogtum Lauenburg); Sabine Kaufmann (KV Herzogtum Lauenburg); Reinald Büchner-Jahrens (KV Herzogtum Lauenburg); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Gerhard Boll (KV Herzogtum Lauenburg)

S 1.1 Satzungsänderung § 3

Antragsteller*in: Gerd Weichelt (KV Dithmarschen)

Änderungsantrag zu S 1

Von Zeile 2 bis 4:

(3) Jedes Neumitglied ist im Einvernehmen, falls es nicht im ~~Stadt-oder~~
~~Gemeindegebiet~~ **Tätigkeitsbereich** eines Ortsverbandes wohnhaft ist, einem wohnortnahen
Ortsverband oder unmittelbar dem Kreisverband zuzuordnen.

Begründung

Aufgrund der Struktur in Schleswig-Holstein gibt es in den Ortssatzungen der Ortsverbände nicht nur Stadt-und Gemeindegebiete sondern Tätigkeitsbereiche, die Regionen als Tätigkeitsbereich definieren.

Unterstützer*innen

Michael Hegger (KV Dithmarschen); Stephan Wiese (KV Lübeck); Kerstin Mock-Hofeditz; Martin Drees;
Anette Zierke; Anne-Kathrin Ahsbahs (KV Pinneberg); Kristian Warnholz (KV Pinneberg)

S 2.1 Satzungsänderung LAG-Statut

Antragsteller*in: Gerd Weichelt (KV Dithmarschen)

Änderungsantrag zu S 2

In Zeile 46:

~~5~~4. LAG-SprecherInnen

Von Zeile 58 bis 63:

~~6~~5. LAG-Tagungen/Ergebnisse

1. LAG'en tagen in Sitzungen an einem Ort in SH, der ~~frei~~möglichst barrierefrei zugänglich ist oder per Video- oder Telefonkonferenz möglichst mindestens einmal im Quartal und sind solange beschlussfähig, wie mindestens fünf Mitglieder aus drei verschiedenen Kreisverbänden in Schleswig-Holstein vertreten sind. Abstimmungsberechtigt sind nur Parteimitglieder. Abstimmungen über Anträge oder Wahlen von LAG-Sprecher*innen können auch

In Zeile 76:

~~7~~6. Rechenschaft

In Zeile 80:

~~8~~7. Haushalt

In Zeile 90:

~~9~~8. Mitarbeit in Bundesarbeitsgemeinschaften (BAG)

In Zeile 103:

~~10~~9. Streitfragen

In Zeile 108:

~~11~~10. Datenschutz

In Zeile 114:

~~12~~11. Statut

Begründung

redaktionell: fortlaufende Nummerierung.

6. (neu 5.) LAG-Tagungen/Ergebnisse

Satz 1 Zeile 987: Tagungsräume müssen barrierefrei sein, damit Menschen mit Behinderung teilnehmen können.

Anfügung nach Satz 1 Zeile 990: Klarstellung, dass nur Parteimitglieder abstimmungsberechtigt sind.

Unterstützer*innen

Ann-Kathrin Tranziska (KV Pinneberg); Kerstin Mock-Hofeditz (KV Nordfriesland); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Michael Hegger (KV Dithmarschen); Kirstin Schiebuhr (KV Pinneberg); Stephan Wiese (KV Lübeck); Martin Drees (KV Plön); Angelika Junker